

Es gibt keinen Sieg über die Rechte ohne Israels unterdrückte Gruppen

Tom Mehager, 972mag.com, 05.01.21

Wenn die Proteste der Balfour-Strasse nur daran interessiert sind, Netanjahu loszuwerden, ist es ihren Führern egal, wie rassistisch die Alternative sein wird.

In einem kürzlich auf +972 veröffentlichten Artikel bezeichnete Meron Rapoport die Anti-Netanjahu-Proteste von 2020 als Erfolg. Ihr Hauptziel, schrieb er, sei es, den Premierminister loszuwerden, dessen Korruptionsvorwürfe und Stümperei bei der COVID-19-Krise ihn als ungeeignet erscheinen ließen, das Land weiter zu führen. Die Tatsache, dass die Proteste eine entscheidende Rolle dabei spielten, die Regierung zur Auflösung zu drängen und uns schon wieder wählen zu lassen, ist ein Zeichen für diesen Erfolg.

Ohne die palästinensische Bevölkerung und die jüdischen Unterschichten ist es nicht möglich, die israelische Rechte herauszufordern.

Doch wenn die Balfour-Proteste gewonnen haben, dann hat die Linke in Israel verloren. Die für den 23. März angesetzten Wahlen, werden wahrscheinlich ein Rennen zwischen verschiedenen Schattierungen nationalistischer, rassistischer und neoliberaler Parteien sein, was kaum eine Herausforderung für die Dominanz der Rechten ist. Den endlosen Refrain, den wir während dieser Proteste gehört haben, „jeder außer Bibi“, hat tatsächlich zur Stärkung der Rechten geführt. Wenn die Bewegung nur an Netanyahu interessiert ist, spielt es keine Rolle mehr, wie kriminell die Alternative zu seiner Regierung sein wird.

Unter dem Motto „jeder außer Bibi“ startete Benny Gantz, der in den letzten zwei Jahren als Netanyahus Hauptkonkurrent gehandelt wurde, seine politische Karriere, indem er damit prahlte, Gaza in die Steinzeit zurückversetzen zu wollen.

Gideon Sa'ar, der den *Likud* verließ, um eine neue politische Partei zu gründen, prahlte damit, dass er mehr afrikanische Asylbewerber abgeschoben hat, als jeder andere israelische Innenminister. Sieht so Erfolg aus? Vielleicht, wenn es nicht du selbst bist der den Preis dafür bezahlt.

Machtverhältnisse reproduzieren

Die Balfour-Protestbewegung hat bisher nicht versucht, neue Allianzen zu knüpfen, die die wachsende Macht der israelischen Rechten herausfordern würde. Abgesehen von einigen Nischen radikaler Politik, die sich auf Themen wie Rassismus, Apartheid, Klimawandel und Polizeibrutalität konzentrieren, blieben die Proteste innerhalb der Grenzen des aschkenasischen, zionistischen Zentrismus.

Wenn bei den Protesten altgediente IDF-Offiziere im Mittelpunkt stehen und eine große Anzahl der Menge mit israelischen Flaggen kommt, ist offensichtlich, dass die palästinensische Öffentlichkeit in Israel nicht das Zielpublikum der Bewegung ist. Für einen Großteil der palästinensischen Bevölkerung sind israelische Flaggen und hochrangige Offiziere eine Erinnerung an die Nakba, an Landenteignungen und zwei Jahrzehnte Militärregierung in den Anfangsjahren des Staates.

Tatsächlich haben sich die DemonstrantInnen nach mehr als sechs Monaten des Protests immer noch nicht gefragt, warum palästinensische BürgerInnen Israels, die ein Fünftel der Bevölkerung des Staates ausmachen, sich ihnen nicht anschließen.

Anstatt unsere Hoffnungen auf ehemalige IDF-Generäle wie Amir Haskel, Ehud Barak, Moshe Ya'alon oder Yair Golan zu setzen, sollte es das Ziel der Linken in Israel sein, ein neues Lager zu etablieren, das kompromisslos, stabil und dauerhaft ist.

Selbst unter den israelischen Juden ist die Bewegung gescheitert: Ein Großteil des Diskurses der Demonstrationen hat die Klassen- und ethnischen Machtverhältnisse in der israelischen Gesellschaft reproduziert, während den unterdrückten Gruppen gesagt wurde, sie sollten sich der Weltsicht der Protestführer anpassen, anstatt sie in Frage zu stellen.

Während einer Anti-Bibi-Demonstration vor der Residenz des Premierministers schrie zum Beispiel Amir Haskel, ein ehemaliger Brigadegeneral der israelischen Luftwaffe, der zu einem der prominentesten Gesichter der Proteste wurde, eine äthiopische Polizistin an: „Ich habe deine Eltern aus Äthiopien geholt, schämst du dich nicht?“, in Anspielung auf die frühere Beteiligung der Luftwaffe, äthiopische Juden nach Israel zu bringen.

Haskel entschuldigte sich später für die Äußerungen, aber die Arroganz seiner Worte ist bezeichnend. Wie soll die äthiopische Bevölkerung, die in erdrückender Armut lebt und regelmäßig Polizeigewalt ausgesetzt ist, sich einer Protestbewegung anschließen, in der einer ihrer dominanten Sprecher diese Art von herablassender Sprache verwendet?

Mizrahis und AktivistInnen für soziale Gerechtigkeit sahen sich ebenfalls mit dem Zorn der Anti-Netanjahu-Demonstranten konfrontiert. Als einige der AktivistInnen aus Beit She'an Schilder mitbrachten, auf denen sie Gerechtigkeit durch Umverteilung forderten, insbesondere, dass ein Kibbuz im Norden Israels den Zugang zum Fluss Asi erlauben solle, der durch ihn hindurch fließt, und damit die ethnisch-rassistische Pyramide Israels in Frage zu stellen, wurden sie rassistisch beschimpft, ihre Schilder wurden ihnen entrissen, und sie wurden abgedrängt. Viele von ihnen kamen danach nicht mehr zu den Protesten in der Balfour-Strasse.

Keine Lösungen durch Generäle

Ohne die palästinensische Bevölkerung und die jüdischen Unterschichten ist es nicht möglich, die israelische Rechte herauszufordern. Von Rapoports Artikel bekommt man den Eindruck, dass die Linke nicht mehr an diesem Thema interessiert ist.

Rapoport schlussfolgert, dass man viel von der Bewegung lernen kann, auch wenn sie am Ende eine noch rechtere Regierung hervorbringt. Dies ist sowohl problematisch als auch zweifelhaft. Problematisch deswegen, weil nicht jede Protestbewegung, die ein bestimmtes Ergebnis herbeiführt, gleichbedeutend ist mit einem demokratischen Erfolg; tatsächlich zeigt die Geschichte, dass viele Protestbewegungen zu katastrophalen Ergebnissen geführt haben. Eine Bewegung, die letztlich Leute wie Gideon Sa'ar und Naftali Bennett stärkt, kann nicht als positive Entwicklung für die Demokratie in Israel angesehen werden. Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass Netanjahu uns ohnehin zu einer vierten Wahl geführt hätte, um zu vermeiden, dass Gantz gemäß ihrer Rotationsvereinbarung das Amt des Ministerpräsidenten erhält. Es gibt auch keine klaren Anzeichen, dass die nächsten Wahlen zu einer Schwächung Netanjahus führen wird.

Darum ist es an all jenen, die an Demokratie, Freiheit und Gleichheit in Israel-Palästina glauben, zu den Grundlagen politischen Handelns zurückzukehren und diese zu durchdenken. Anstatt unsere Hoffnungen auf ehemalige IDF-Generäle wie Haskel, Ehud Barak, Moshe Ya'alon oder Yair Golan zu setzen, sollte das Ziel der Linken in Israel sein, ein neues Lager zu etablieren, das kompromisslos, stabil und dauerhaft ist, auch wenn es zu Anfang klein ist.

Politiker und Führer, die gegen Gerechtigkeit für alle sind, können nicht Teil einer demokratischen Bewegung sein.

Dieses Lager muss Gerechtigkeit und Menschenrechte an die erste Stelle seiner Agenda setzen und daran arbeiten, diese Ziele zu erreichen. Es wird keine Abkürzungen oder einfachen Lösungen in Form von Armeeingehörigen geben, die versuchen, die israelischen Machtverhältnisse in Bezug auf Geschlecht, Nationalität und Klasse zu reproduzieren. Politiker und Führer, die gegen Gerechtigkeit für alle sind, können nicht Teil einer demokratischen Bewegung sein. Im Gegenteil, müssen wir ihre Bestrebungen, an der Macht festzuhalten, als wesentlichen Bestandteil des Problems betrachten und anfechten.

Solange die Linke, oder was von ihr noch übrig ist, weiterhin in ein elitäres und bürgerliches Weltbild pflegt, das ganze Gruppen ausschließt, wird sie nie in der Lage sein, eine echte Herausforderung für die Herrschaft der Rechten darzustellen.

Tom Mehager ist der Leiter des Zochrot-Workshops „Nakba, Ashkenazim und Mizrahim“ und Mitglied des Joint Nationality Researcher Teams am Van Leer Institute. (<https://zochrot.org/en/event/56352>)

Quelle: <https://www.972mag.com/balfour-protests-palestinians-ethiopians-mizrahim/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de